

Service public im Dienste von Schleppern

Von Peter Keller — Jede Woche reisen Hunderte Asylbewerber mit dem Zug nach Chiasso. Das europäische Asylabkommen (Dublin) ist faktisch gescheitert. Trotzdem ruft Justizministerin Simonetta Sommaruga nach einer «europäischen Lösung».

Normalerweise ist Chiasso bloss eine Durchgangsstation auf dem Weg nach Italien und umgekehrt. Es gibt weitaus charmantere Orte als der südlichste Zipfel der Schweiz mit seinen gesichtslosen Dienstleistungszentren. Doch seit ein paar Monaten haben jede Woche Hunderte Menschen nur ein Ziel: den Bahnhof Chiasso. Er ist die Anlaufstelle Nummer eins für Flüchtlinge, wie die illegalen Wirtschaftsmigranten neuerdings politisch korrekt heissen, die in die Schweiz wollen. Allein am Wochenende vom 13. auf den 14. Juni verzeichnete das Empfangs- und Verfahrenszentrum Chiasso rund 350 neue Asylsuchende.

Die Nachrichtensendung «10 vor 10» spricht von einem «Ansturm auf die Tore des Tessins». Ein irreführendes Bild. Tatsächlich reisen 90 Prozent der ankommenden Asylbewerber bequem und klimatisiert im Zug an, mit den Treni Regionali Ticino Lombardia (Tilo), einem gemeinsamen Tochterunternehmen von SBB und Trenitalia. Die S-Bahnen verkehren zwischen Mailand und dem Tessin. In der lombardischen Metropole steigen die vornehmlich schwarzafrikanischen Flüchtlinge ein. Wohlverstanden mit gültigem Ticket. Man will schliesslich möglichst rasch und ohne Komplikationen in die Schweiz kommen. Mit den SBB steht den Schleppern ein mit Steuergeldern subventionierter Service public zur Verfügung.

Promo-Filmchen ohne Erkenntnis

In Chiasso treffen die Tilo-Züge auf Gleis 13 ein. Das Perron grenzt direkt an das Bahnhofsgebäude. Wer aussteigt, bewegt sich durch eine Art Korridor in Richtung Ausgang. Es ist somit völlig klar, dass Personen, die auf diesem Weg in die Schweiz gelangen, direkt aus Italien anreisen. Die Flüchtlinge werden in der Regel gleich von Grenzwachtpolizisten in Empfang genommen. Zurzeit stellt die Volksgruppe der Eritreer rund 70 Prozent aller Asylbewerber in der Südschweiz.

Die Sicherheitspolitische Kommission des Nationalrats reiste vergangene Woche nach Chiasso. Auf dem Programm stand unter anderem der Besuch des Grenzwachtkorps und des Empfangs- und Verfahrenszentrums (EVZ). Am zweiten Tag war der Schreiber als Ersatzmann ebenfalls vor Ort. Die Kommission wurde im Zentrum für Polizei- und Zollzusammenarbeit (CCPD) empfangen. Dort teilen sich italienische und schweizerische Behörden gemeinsame Büroräumlichkeiten. Es geht um Abfragen von Verdächtigen und um die Koordination in der Strafverfolgung.

Zur Präsentation des CCPD gehört ein Film über die grenzüberschreitende Polizeiarbeit. Gezeigt wird eine mit etwas Musik unterlegte gestellte Situation: Ein Fahrzeug passiert die Grenze, auf Hinweis ihrer italienischen Kollegen übernehmen Schweizer Zivilfahnder die Verfolgung. Sie lösen sich bei der Observation ab, damit die verdächtigen Mafialeute keinen Verdacht schöpfen. Basisarbeit, wie sie überall auf der Welt geleistet wird und in jeder Vorabendkrimiserie professioneller abgedreht wird. Erkenntnisgewinn gleich null. Ein nettes Promo-Filmchen für einen Tag der offenen Tür.

Damit soll die Arbeit im CCPD nicht insgesamt abgewertet werden. Aber die Erfolge sind überschaubar. Gerade hat der oberste Bundesanwalt der Schweiz, Michael Lauber, den Chef der Luganeser Zweigstelle per sofort suspendiert. Man ist in Bern verärgert über die dürftigen Resultate im Kampf gegen die organisierte Kriminalität, trotz geografischer Nähe zu Italien. Was allerdings nicht nur an den Schweizer Strafverfolgungsbehörden liegt: Die Zusammenarbeit mit dem Nachbarn gestaltet sich offenbar schwierig. Verschiedene Experten sprechen von bürokratischen Leerläufen, die dem italienischen Zentralismus geschuldet seien. Einen Eindruck davon konnte auch die Kommission gewinnen. Wenn nicht anerkannte Asylbewerber am Grenzübergang Ponte Chiasso überstellt werden sollten, war auf italienischer Seite niemand da oder niemand zuständig. «Die waren wohl alle an der Expo in Mailand», spottete Kommissionspräsident Thomas Hurter (SVP). Lega-Nationalrätin und Stadträtin von Chiasso, Roberta Pantani, stimmt dieser Einschätzung aus langjähriger Erfahrung zu: «Die Zusammenarbeit mit Italien ist leider mangelhaft.»

«Das Dublin-Abkommen ist überholt»

Im Umland von Mailand sammeln sich die illegalen Migranten zu Tausenden. Das Schlepperwesen blüht, bestens organisiert. Hier werde zurzeit mehr Geld gemacht als im Drogenhandel, heisst es aus Polizeikreisen. Offensichtlich habe die Mafia die Hände im Spiel, denn die Flüchtlinge würden gezielt weitergeschleust. Seit die Schweiz aus humanitären Gründen keine Eritreer mehr zurückschickt, sind die Gesuchszahlen massiv gestiegen.

Der Sog ist hausgemacht, getrieben von zersplitterten Gerichtsurteilen und der Haltung der Migrationsämter. Der Auswuchs zeigt sich im Vergleich mit Österreich, das von der Grösse (ebenfalls über 8 Millionen Einwohner) und der Lage an der Grenze mit Italien der Schweiz ähnelt. 2011 stellten 3356 Eritreer ein Asylgesuch in der Schweiz, 2012 kamen 2563, 2013 zu 2563 Gesuchen, 2014 zu 17249 Eritreer ein Asylgesuch in Österreich wurden im gleichen Zeitraum 106 Gesuche registriert.

Offensichtlich reagiert das A

sen gezielt auf die Schweiz – so wie bei den Referendumsentscheidungen über die Urne – Dienstleistungen auf Asylgrund gestrichen vorwiegend die dem «Nationalstaat» entfliehen bei der Rückkehr in die Schweiz und «willkommen» drohen, wie das für Migration (Schweiz) gehalten die meisten oder eine vorläufige



«Mangelhaft»: Pantani.

Die sogenannte Schutzquote liegt bei 85 Prozent. Die Asylmafia freudig sprudeln weiter.

Seit 2008 beteiligt sich die Schweiz am Dublin-System, einem EU-Abkommen, das die Asylpolitik in Europa koordiniert. Das Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) erklärt in einer Mitteilung die Grundzüge der Dublin-Zusammenarbeit basieren auf dem Grundsatz, dass der Staat, in dem ein Asylsuchender zuerst eingereist ist, für die Bearbeitung des Gesuchs, das im Dublin-Raum eingereicht wurde, auch effektiv geprüft werden muss. Nur ein Staat für die Bearbeitung des bestimmten Asylgesuches und die Aufnahme zuständig sei. «In der Regel ist derjenige Staat, in dem die Person zuerst eingereist ist, der für die Bearbeitung des Gesuchs zuständig ist, wenn er bereits eine Einreisebewilligung erteilt hat, oder jener Staat, in dem die Person Familienangehörige hat.» In der Mitteilung wird noch präzisiert, dass «in der Regel die Regeln für die Einreise gelten».

Auf dem Papier tönt das Alibi sehr beruhigend. Ein von sicheren Du

public im Dienste von Schleppern

— Jede Woche reisen Hunderte Asylbewerber mit dem Zug nach Chiasso. Das Dublin-Abkommen (Dublin) ist faktisch gescheitert. Trotzdem ruft Justizministerin Karin Barus nach einer «europäischen Lösung».

Chiasso bloss eine Durchgangsstation auf dem Weg nach Italien und weitläufiger, weitaus charmantere Orte im Tessin. Die Schweiz mit seinen Leistungszentren. Doch hier haben jede Woche Hunderte ein Ziel: den Bahnhof Chiasso. Nummer eins für illegale Wirtschaftsmigrationen. Politisch korrekt heissen, sind sie. Allein am Wochenende 14. Juni verzeichnete das Migrationszentrum Chiasso 1400 Durchgehende.

Die Aussage «10 vor 10» spricht sich auf die Tore des Tessins». Bild. Tatsächlich reisen 9000 mündigen Asylbewerber beherbergt im Zug an, mit den Treibern der Lombardia (Tilo), einem gemeinsamen Unternehmen von SBB und der Schweiz. Die Züge verkehren zwischen Chiasso und Lugano. In der lombardischen Region sind die vornehmlich schwarzafrikanischen Flüchtlinge ein. Wohlverstanden. Man will schliesslich mögliche Komplikationen in die Zukunft. Mit den SBB steht den Flüchtlingen Steuergeldern subventionell zur Verfügung.

Ohne Erkenntnis

Die Tilo-Züge auf Gleis 13 in Chiasso direkt an das Bahnhofsgebäude ansteigt, bewegt sich durch den Tunnel in Richtung Ausgang. Es ist ein klassischer Personenverkehr, der auf diesem Gleis gelangen, direkt aus Italien. Flüchtlinge werden in der Regel von Grenzschutzpolizisten in Chiasso aufgehalten. Zurzeit stellt die Volkspartei rund 70 Prozent aller Asylbewerber in der Schweiz.

Die politische Kommission des Nationalrats vergangene Woche nach Chiasso. Im Vordergrund stand unter anderem der Bericht des Bundesamtes für Migration und Asyl (BAM) und des Empfangszentrums (EVZ). Am zweiten Tag der Mission wurde im Zentrum für Migration und Asyl (CCPD) ein gemeinsames Büro für die Zusammenarbeit italienischer und schweizerischer Behörden eingerichtet. In der Mission wurden Abfragen von Verdächtigen in der Strafverfolgung.

Zur Präsentation des CCPD gehört ein Film über die grenzüberschreitende Polizeiarbeit. Gezeigt wird eine mit etwas Musik unterlegte Situation: Ein Fahrzeug passiert die Grenze, auf Hinweis ihrer italienischen Kollegen übernehmen Schweizer Zivilfahnder die Verfolgung. Sie lösen sich bei der Observation ab, damit die verdächtigen Mafialeute keinen Verdacht schöpfen. Basisarbeit, wie sie überall auf der Welt geleistet wird und in jeder Vorabendkrimiserie professioneller abgedreht wird. Erkenntnisgewinn gleich null. Ein nettes Promo-Filmchen für einen Tag der offenen Tür.

Damit soll die Arbeit im CCPD nicht insgesamt abgewertet werden. Aber die Erfolge sind überschaubar. Gerade hat der oberste Bundesanwalt der Schweiz, Michael Lauber, den Chef der Luganeser Zweigstelle per sofort suspendiert. Man ist in Bern verärgert über die dürftigen Resultate im Kampf gegen die organisierte Kriminalität, trotz geografischer Nähe zu Italien. Was allerdings nicht nur an den Schweizer Strafverfolgungsbehörden liegt: Die Zusammenarbeit mit dem Nachbarn gestaltet sich offenbar schwierig. Verschiedene Experten sprechen von bürokratischen Leerläufen, die dem italienischen Zentralismus geschuldet seien. Einen Eindruck davon konnte auch die Kommission gewinnen. Wenn nicht anerkannte Asylbewerber am Grenzübergang Ponte Chiasso überstellt werden sollten, war auf italienischer Seite niemand da oder niemand zuständig. «Die waren wohl alle an der Expo in Mailand», spottete Kommissionspräsident Thomas Hurter (SVP). Lega-Nationalrätin und Stadträtin von Chiasso, Roberta Pantani, stimmt dieser Einschätzung aus langjähriger Erfahrung zu: «Die Zusammenarbeit mit Italien ist leider mangelhaft.»

«Das Dublin-Abkommen ist überholt»

Im Umland von Mailand sammeln sich die illegalen Migranten zu Tausenden. Das Schlepperwesen blüht, bestens organisiert. Hier werde zurzeit mehr Geld gemacht als im Drogenhandel, heisst es aus Polizeikreisen. Offensichtlich habe die Mafia die Hände im Spiel, denn die Flüchtlinge würden gezielt weitergeschleust. Seit die Schweiz aus humanitären Gründen keine Eritreer mehr zurückschickt, sind die Gesuchszahlen massiv gestiegen.

Der Sog ist hausgemacht, getrieben von schweizerischen Gerichtsurteilen und der passiven Haltung der Migrationsämter. Der groteske Auswuchs zeigt sich im Vergleich mit Österreich, das von der Grösse (ebenfalls rund acht Millionen Einwohner) und der gemeinsamen Grenze mit Italien der Schweiz am meisten ähnelt. 2011 stellten 3356 Eritreer ein Asylgesuch in der Schweiz, 2012 kam es zu 4407 Gesuchen, 2013 zu 2563 Gesuchen, 2014 zu 6923 Gesuchen. Total stellten in diesen vier Jahren 17 249 Eritreer ein Asylgesuch in der Schweiz. In Österreich wurden im gleichen Zeitraum gerade einmal 106 Gesuche registriert...

Offensichtlich reagiert das Asylschlepperwesen gezielt auf die Innenpolitik der jeweiligen Länder. Obschon die Schweiz – sogar durch einen Referendumsentscheid an der Urne – Dienstverweigerung als Asylgrund gestrichen hat, kommen vorwiegend junge Eritreer, die dem «Nationaldienst» im Heimatland entfliehen wollen. Da ihnen bei der Rückkehr «drakonische» und «willkürliche» Strafen drohen, wie das Staatssekretariat für Migration (SEM) schreibt, erhalten die meisten von ihnen Asyl oder eine vorläufige Aufnahme:

Die sogenannte Schutzquote lag 2013 bei rund 85 Prozent. Die Asylmafia freut's, die Millionen sprudeln weiter.

Seit 2008 beteiligt sich die Schweiz am Dublin-System, einem EU-Abkommen, das die Asylpolitik in Europa koordiniert. Das Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) erklärt in einer Broschüre die Grundzüge der Dublin-Zusammenarbeit. Sie basiere auf dem Grundsatz, dass jedes Asylgesuch, das im Dublin-Raum gestellt werde, auch effektiv geprüft werde und dass jeweils nur ein Staat für die Behandlung eines bestimmten Asylsuches und die allfällige Aufnahme zuständig sei. «Das ist beispielsweise jener Staat, in den die asylsuchende Person zuerst eingereist ist, jener Staat, der bereits eine Einreisebewilligung oder ein Visum erteilt hat, oder jener Staat, in dem die Person Familienangehörige hat.» In einer Fussnote wird noch präzisiert, dass «im Falle einer illegalen Einreise» auch «Indizien» als Nachweis für die Einreise gelten.

Auf dem Papier tönt das Abkommen hervorragend. Ein von sicheren Dublin-Staaten um-



«Mangelhaft»: Pantani.



Grotesker Auswuchs: Grenzkontrolle am Zoll des Bahnhofs Chiasso.



«Die waren wohl alle an der Expo in Mailand»: Kommissionspräsident Hurter (r., SVP) in Chiasso.

gebenes Land wie die Schweiz sollte praktisch keine Asylgesuche auf dem Landweg mehr erhalten. Gleichwohl passieren jede Woche mehrere hundert Personen die italienisch-schweizerische Grenze, ersuchen um Asyl, kommen ins hiesige Verfahren und dürfen bleiben. Faktisch ist bei jedem dieser Flüchtlinge, die mit der SBB aus Mailand anreisen, eine illegale

Einreise gegeben. Man muss dabei nicht einmal von «Indizien» ausgehen.

Die Situation ist bizarr: Die Zusammenarbeit mit Italien ist mangelhaft, es registriert nur eine Minderheit der Mittelmeer-Migranten. Die Zahl der Rückführungen aus der Schweiz ist zusammengebrochen, Italien lässt die Schweizer Behörden ins Leere laufen. Un-

geachtet dessen, findet Antonio Simona, der EVZ Chiasso, das Dublin-Abkonfunktioniere: «Die Situation ist absolut Kontrolle.» Darüber kann die Tessiner Naträtin Roberta Pantani nur den Kopf schütteln. Der Dublin-Vertrag sei völlig überaus einer Zeit stammend, in der die wirtschaftliche und migrationspolitische Situation lig anders gewesen sei. Mit ihrem Vorschlag die Flüchtlinge auf die verschiedenen ggliedstaaten zu verteilen, habe die EU ihn sagen zu erkennen gegeben. Und was tut offizielle Schweiz? Sie eröffnet zusätzlich Herkunft für Flüchtlinge, die eigentlich nicht hier sein sollten, und belohnt die illegale Einreise mit humanitärer Aufnahme.

Das Problem liegt ganz oben: Die Flüchtlingsfrage wird von der zuständigen Justizministerin Simonetta Sommaruga (SP) vorangetrieben. Statt selber die Misere anzugehen, ruft sie übergeordneten Instanzen. Nach einem Arbeitsbesuch in Wien schreibt ihr Departement in einer Mitteilung: «Die Bundespräsidentin und ihre Gesprächspartner waren sich einig, dass Lösungen in der Flüchtlingspolitik nur auf europäischer Ebene gefunden werden können. Das halbe Parlament plappert inzwischen das Mantra nach – dabei gibt es bereits eine europäische Lösung» in der Asylpolitik: Sie ist Dublin und ist gescheitert.



am Zoll des Bahnhofs Chiasso.



«Länder»: Kommissionspräsident Juncker (r., SVP) in Chiasso.

praktisch
mehr er-
sche meh-
h-schwei-
kommen
iben. Fak-
te, die mit
ie illegale

Einreise gegeben. Man muss dabei nicht ein-
mal von «Indizien» ausgehen.

Die Situation ist bizarr: Die Zusammenar-
beit mit Italien ist mangelhaft, es registriert
nur eine Minderheit der Mittelmeer-Migran-
ten. Die Zahl der Rückführungen aus der
Schweiz ist zusammengebrochen, Italien lässt
die Schweizer Behörden ins Leere laufen. Un-

geachtet dessen, findet Antonio Simona, Chef
der EVZ Chiasso, das Dublin-Abkommen
funktioniere: «Die Situation ist absolut unter
Kontrolle.» Darüber kann die Tessiner Natio-
nalrätin Roberta Pantani nur den Kopf schüt-
teln. Der Dublin-Vertrag sei völlig überholt,
aus einer Zeit stammend, in der die wirtschaf-
tliche und migrationspolitische Situation völ-
lig anders gewesen sei. Mit ihrem Vorschlag,
die Flüchtlinge auf die verschiedenen Mit-
gliedstaaten zu verteilen, habe die EU ihr Ver-
sagen zu erkennen gegeben. Und was tut die
offizielle Schweiz? Sie eröffnet zusätzliche Un-
terkünfte für Flüchtlinge, die eigentlich gar
nicht hier sein sollten, und belohnt die illegale
Einreise mit humanitärer Aufnahme.

Das Problem liegt ganz oben: Die Flüchtlings-
farce wird von der zuständigen Justizministerin
Simonetta Sommaruga (SP) vorangetrieben.
Statt selber die Misere anzugehen, ruft sie nach
übergeordneten Instanzen. Nach einem Ar-
beitsbesuch in Wien schreibt ihr Departement
in einer Mitteilung: «Die Bundespräsidentin
und ihre Gesprächspartner waren sich einig,
dass Lösungen in der Flüchtlingspolitik nur auf
europäischer Ebene gefunden werden können.»
Daher plappert inzwischen dieses
Mantra nach – dabei gibt es bereits eine «euro-
päische Lösung» in der Asylpolitik: Sie heisst
Dublin und ist gescheitert. ○